

T-01 Vorschlag zur Tagesordnung

Gremium: Präsidium
Beschlussdatum: 05.08.2024
Tagesordnungspunkt: TOP 1 Formalia

Antragstext

- 1 15.30 Uhr Ankommen und Akkreditierung
- 2 16.00 Uhr Begrüßung
- 3 16.05 Uhr **TOP 1 Formalia**
- 4 16.15 Uhr **TOP 2 Ausblick Bundestagswahl**
- 5 17.00 Uhr **TOP 3 Panel: Soziale Ungleichheit im Alter** mit
- 6 Barbara Kahler (kooptiertes Mitglied des Vorstandes der BAGSO -
- 7 Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen)
- 8 Christa Markl-Vieto, Sprecherin der GRÜNEN Alten
- 9 Prof. Dr. Claudia Vogel (Professorin für Soziale Gerontologie an der
- 10 Hochschule Neubrandenburg)
- 11 Stefanie Aeffner, MdB (Moderation)
- 12 18.00 Uhr Pause
- 13 19.00 Uhr **TOP 4 Bericht aus Europa, der Bundestagsfraktion, den Ländern und den BAGen**
- 14 19.30 Uhr **TOP 5 Wahl Präsidium**
- 15 20.15 Uhr **TOP 6 Verschiedenes**
- 16
- 17 20.30 Uhr Ende

BTW-01 Bundestagswahl 2025 - Wir gestalten die vielfältige
Migrationsgesellschaft

Gremium: Präsidium Diversitätsrat
Beschlussdatum: 29.08.2024
Tagesordnungspunkt: TOP 2 Ausblick Bundestagswahl

Antragstext

- 1 Der Diversitätsrat beschließt, den folgenden Antrag auf der BDK im November 2025
- 2 einzureichen.
- 3 **Bundestagswahl 2025 - Wir gestalten die vielfältige Migrationsgesellschaft**
- 4 Ob über Klimaschutz, Migration oder Diversität: In unserem Land wird derzeit viel
- 5 diskutiert. Der Rückschluss, dass wir in einer zutiefst polarisierten Gesellschaft leben,
- 6 ist aber dennoch nicht folgerichtig. Denn unsere Demokratie ist auf ständige
- 7 Aushandlung und
- 8 gemeinsame Verständigung angewiesen; sie sind Ausdruck einer lebendigen und
- 9 vielfältigen
- 10 Gesellschaft. Die Mehrheit der in Deutschland lebenden Menschen befürworten eine
- 11 plurale,
- 12 liberale Gesellschaft und erkennen an, dass wir eine Migrationsgesellschaft sind. Das
- 13 haben
- 14 nicht zuletzt die Demonstrationen gegen rechtsextreme Kräfte, wie die AfD, und für
- 15 den
- 16 Schutz unserer Demokratie gezeigt.
- 17 Unser Land ist vielfältiger denn je. Diese Vielfalt ist eine zentrale Stärke unserer
- 18 Gesellschaft. Immer mehr Menschen mit unterschiedlichen Perspektiven und
- 19 Erfahrungen tragen
- 20 aktiv zu den Aushandlungsprozessen bei, wie wir als Gemeinschaft zusammenleben
- 21 wollen.
- 22 Migrant*innen und ihre Nachkommen haben maßgeblich zum Aufbau und zur
- 23 Weiterentwicklung
- 24 unseres Landes beigetragen. Sie sind ein integraler Bestandteil unserer Gesellschaft
- und
- spielen eine Schlüsselrolle in der Gestaltung unserer gemeinsamen Zukunft.
- Eine stetig voranschreitende und gelingende Integration und Teilhabe führt aber auch
- zu der
- Entstehung neuer Konflikte in unserer Gesellschaft. Denn die zunehmende Vielfalt und
- Teilhabe führt zu einer zunehmenden Gegenwehr derer, die die Vielfalt unserer
- Gesellschaft
- infrage stellen. Rechtsextreme und reaktionäre Akteur*innen versuchen, unsere
- Gesellschaft
- in scheinbar unvereinbare Lager zu spalten und Menschen gegeneinander
- auszuspielen. Ihre
- aggressive Rhetorik findet sowohl in Deutschland als auch in Europa zunehmend
- Zustimmung,
- was sich im Aufstieg rechtspopulistischer und rechtsextremer Parteien zeigt.

25 Die Aufgabe aller demokratischen Parteien muss es sein, dem Rechtsruck eine klare
Absage zu
26 erteilen und stattdessen die Aushandlungsprozesse zur Gestaltung unseres
Zusammenlebens
27 konstruktiv zu fördern. Einer Aneignung reaktionärer Rhetorik und einer Verschiebung
des
28 gesellschaftlichen Diskurses nach rechts müssen wir uns gemeinsam entgegenstellen.
Denn
29 gerade in Krisenzeiten brauchen wir Zusammenhalt und eine Gesellschaft, die allen
30 Bürger*innen gleiche Rechte und Möglichkeiten sichert und den Wohlstand gerecht
verteilt.

31 Solange wie beispielsweise Menschen mit Migrationsgeschichte auf dem
Wohnungsmarkt
32 diskriminiert, Menschen mit Behinderung der Zugang zu vielen Lebensbereichen
verwehrt wird,
33 queere Familienformen nicht anerkannt werden und Kinder aus armutsbetroffenen
Familien nicht
34 denselben Zugang zu Bildung haben, ist das Versprechen der liberalen und
gleichberechtigten
35 Gesellschaft nicht erfüllt.

36 Reaktionäre Kräfte bezeichnen das Eintreten für Vielfalt und Gleichberechtigung oft als
37 „Kulturkampf“. Gleichzeitig bemängeln einige Linke, dass es sich dabei um
Einzelinteressen
38 handle und die grundlegende ökonomische Verteilungsfrage in den Hintergrund rücken
würde.
39 Doch für uns bedeutet der Einsatz für Gleichberechtigung und Vielfalt immer auch den
Einsatz
40 für soziale Gerechtigkeit und eine Politik, die Ressourcen gerecht verteilt. Denn als
41 feministische Partei wissen wir, dass die Frage der Verteilung von Ressourcen eng mit
der
42 Frage der Diskriminierungsfreiheit verknüpft ist. Dort, wo es keine gerechte Verteilung
von
43 Ressourcen gibt, wird es keine gerechte Gesellschaft geben. Und dort, wo es keine
44 Diskriminierungsfreiheit gibt, wird es keine gerechte Verteilung von Ressourcen geben.

45 Menschen mit Migrationsgeschichte, queere Menschen, Frauen, Menschen mit
geringem sozio-
46 ökonomischen Status und behinderte Menschen sind häufig die Ersten, die die Folgen
47 ungleicher Verteilung und systemischer Diskriminierung zu spüren bekommen. Ihre
Erfahrungen
48 und Perspektiven müssen daher zentral in den politischen Diskurs einfließen, um
wirklich
49 alle einzubeziehen.

50 Wir wissen, dass unser Land stärker ist, wenn wir in unserer Vielfalt zusammenhalten.
Wir
51 wissen, dass unsere Gesellschaft stärker ist, wenn wir uns in gegenseitigem Respekt
vor
52 unseren unterschiedlichen Erfahrungen, Perspektiven und Lebensrealitäten begegnen.
Das zu

53 leben, kann herausfordernd sein. Doch Konflikte, die konstruktiv ausgetragen werden,
54 sind
55 der Motor des gesellschaftlichen Fortschritts. Das Zusammenbringen unterschiedlicher
56 Perspektiven führt dazu, dass mehr produktive und kreative Energie freigesetzt wird;
57 es
58 führt dazu, dass wir als Gesellschaft bessere Antworten auf die Krisen unserer Zeit
59 finden.
60 Aufgabe der Politik ist es, den Rahmen für eine konstruktive Debattenkultur zu
61 schaffen.

58 **Zur Bundestagswahl gilt es mehr denn je, unsere vielfältige und
demokratische
59 Migrationsgesellschaft zu verteidigen. Dafür braucht es eine Vision, die nicht
spaltet,
60 sondern Probleme konstruktiv und gemeinsam löst. Dabei werden wir von
folgenden Grundsätzen
61 geleitet:**

62 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen für eine gerechte Gesellschaft - der Kampf für die
63 gleichberechtigte Teilhabe, Freiheit, Feminismus, Vielfalt und Gerechtigkeit sind Teil
64 unserer DNA. Wir wollen, dass alle Menschen den gleichen Zugang zu Ressourcen und
65 Teilhabe
66 haben. Wir stehen für eine Politik, die soziale Gerechtigkeit in den Mittelpunkt ihres
Handelns stellt.

67 Vielfalts- und Antidiskriminierungspolitik sind Voraussetzungen für eine
gleichberechtigte
68 Gesellschaft. Wir stehen für eine Politik, die den Menschen in seiner Vielfalt in den
69 Mittelpunkt rückt, gleichberechtigte Teilhabe garantiert und unterschiedliche
Interessen und
70 Erfahrungen einbezieht. Für uns ist das kein „Nice-to-have“ oder das Erfüllen von
71 Einzelinteressen, sondern eine zentrale Frage unserer Demokratie. Denn dort, wo
Menschen
72 ausgeschlossen werden, wenden sie sich ab; dabei kann unsere Gesellschaft nur dann
stark
73 sein, wenn Menschen an ihrer Gestaltung mitwirken. Wir verstehen
Antidiskriminierungspolitik
74 als Politik, die Fortschritt für alle Menschen in diesem Land bringt.

75 Wir gestalten eine Integrationspolitik, die Perspektiven schafft und Ankommen in einer
76 vielfältigen Migrationsgesellschaft als wechselseitigen Prozess mit dem Ziel, gleiche
77 Zugänge und Teilhabechancen in allen Bereichen des Lebens zu schaffen, versteht.
Dieser
78 Prozess stellt sowohl eine Herausforderung für die, die neu zu uns kommen, als auch
für
79 alle, die schon länger hier leben. Diesen Herausforderungen stellen wir uns und
erarbeiten
80 Antworten auf die drängenden Fragen unserer Zeit. Wir wollen, dass Deutschland zu
einem
81 stabilen und gut funktionierenden Einwanderungsland wird, Menschen
zusammenkommen und wir

82 als Gesellschaft einen gemeinsamen Weg einschlagen. Anstatt zu spalten und
Gruppen
83 gegeneinander auszuspielen, führen wir unterschiedliche Perspektiven und
Erfahrungen
84 zusammen, nehmen sie ernst und sehen die Chancen, die mit der Förderung einer
vielfältigen
85 Gesellschaft einhergehen. Dabei stellen wir uns einer Verschiebung des Sagbaren
sowie
86 pauschalisierenden und diskriminierenden Aussagen entschieden entgegen. Denn sie
verhindern
87 den demokratischen Diskurs und verschärfen unsere gesellschaftlichen Konflikte. So
schaffen
88 wir Vertrauen in unsere Integrationspolitik.

89 Wir schaffen den Rahmen für die konstruktive Austragung gesellschaftlicher Konflikte.
Wir
90 wollen, dass alle Menschen in unserem Land gesehen und gehört werden. Demokratie
lebt vom
91 Dialog und dem Wettstreit um die besten Ideen. Nicht selten sind diese Konflikte
anstrengend
92 und verlangen uns als Gesellschaft viel ab. Doch im gemeinsamen Ringen setzen wir
die
93 Maßstäbe für unser Zusammenleben neu und erweitern als Gesellschaft unsere
Perspektive. Wir
94 nehmen uns dieser Konflikte an. Grundlage dafür sind immer die Prinzipien des
Grundgesetzes
95 sowie die Rechte und Pflichten, die sich daraus ergeben.

96 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen für eine Politik, die die Vielfalt unserer Gesellschaft
stärkt
97 und die Freiheit aller verteidigt. Wir gestalten die Zukunft Deutschlands als eine
gerechte,
98 offene und vielfältige Migrationsgesellschaft. Die Debatten der letzten Monate, wie
99 beispielsweise um das Selbstbestimmungsgesetz, Asylrechtsverschärfungen und
Abschiebungen,
100 haben viele Menschen aus marginalisierten Gruppen vor den Kopf gestoßen. Hier
wollen wir
101 wieder Vertrauen zurückgewinnen. Als BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist es unsere
Aufgabe, dem
102 Rollback von Teilen unserer Gesellschaft entschieden entgegenzutreten.

BTW-02 Listen vielfältig besetzen - Vielfaltsstatut umsetzen

Gremium: Bundesvorstand
Beschlussdatum: 26.08.2024
Tagesordnungspunkt: TOP 2 Ausblick Bundestagswahl

Antragstext

- 1 Die Vielfalt unserer Partei und unserer Gesellschaft ist unsere Stärke. Wenn mehr
2 Menschen
3 ihre Perspektiven in die Demokratie einbringen, macht das die politischen
4 Entscheidungen
5 besser. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat sich mit dem Vielfaltsstatut dazu verpflichtet,
6 Repräsentation von gesellschaftlich diskriminierten oder benachteiligten Gruppen
7 mindestens
8 gemäß ihrem gesellschaftlichen Anteil auf der jeweiligen Ebene herstellen zu wollen.
9 Das
10 betrifft Funktionär*innen, Parlamentarier*innen und Angestellte auf allen Ebenen der
11 Partei.
12 Der Diversitätsrat wurde eingesetzt, um die Einhaltung und die Umsetzung des
13 Vielfaltsstatuts zu kontrollieren.
14 Um diese Kontrollfunktion in der Besetzung von Listen umzusetzen, hat der
15 Diversitätsrat,
16 vertreten durch sein Präsidium, folgende Aufgaben:
- 17 1. Der Diversitätsrat schickt vor anstehenden Listenaufstellungen und
18 Votenvergaben für
19 die Landes-, Bundes- und Europaebene ein Schreiben an die
20 entsprechenden
21 Parteivorstände. In diesem nimmt der Diversitätsrat auf die Ergebnisse der
22 alle zwei
23 Jahre stattfindenden Vielfaltserhebung Bezug und weist auf die notwendige
24 Umsetzung
25 der Ziele des Vielfaltsstatus hin. Der Diversitätsrat lädt diese
26 Parteivorstände in
27 diesem Zuge zu einer Sitzung mit dem Präsidium des Diversitätsrates und
28 dem*der
29 vielfaltspolitischen Sprecher*in des Bundes ein, um gemeinsam die
30 Umsetzung der Ziele
31 des Vielfaltsstatus bei den anstehenden Listenaufstellungen oder
32 Votenvergaben zu
33 besprechen. Im Jahr 2025 sind dies die Landtagswahl im März in Hamburg
34 und die
35 Bundestagswahl im September.
 - 36 2. Der Diversitätsrat weist dabei die Parteivorstände auch auf die vorhandenen
37 vielfaltspolitischen Empowerment- und Weiterbildungsangebote hin und
38 holt sich
39 Feedback dazu ein.

S-01 Soziale Ungleichheit im Alter bekämpfen!

Antragsteller*in: Evelyn Thies (KV Ulm)

Tagesordnungspunkt: TOP 3 Panel Soziale Ungleichheit im Alter

Antragstext

1 **Wie können wir für unsere Alten sorgen, ohne den Jungen „die Zukunft zu**
2 **nehmen“? Für**

3 **Reformen in den Alterssicherungssystemen**

4 In letzter Zeit ist viel von der Belastung der Gesellschaft und insbesondere der
5 Jüngeren

6 durch die starken Altersjahrgänge, die Rentenzahlungen und die hohe Zahl an
7 Pflegebedürftigen die Rede. Die hieraus abgeleiteten Forderungen nach geringeren
8 Rentensteigerungen, längerer Lebensarbeitszeit oder Kürzung von
9 Hinterbliebenenrenten lösen

10 Ängste bei den Betroffenen aus, insbesondere den weniger begüterten. Sind wir Alten
11 vor

12 allem eine Last für die Jüngeren? Sind die Renten wirklich zu hoch oder gibt es andere
13 Wege,

14 die Finanzierungsprobleme zu lösen? Unsere Gesellschaft braucht die „jungen Alten“
15 für die

16 Betreuung der Enkel, aber auch der hochbetagten Eltern, für ehrenamtliche
17 Fürsorgearbeit in

18 Familie und Gesellschaft. Ohne diesen Einsatz würden heute und in Zukunft
19 Erwerbsarbeit und

20 gesellschaftliches Leben nicht funktionieren. Diese Arbeit sollte gewürdigt und die
21 Alten

22 nicht vor allem als (finanzielle) Last gesehen werden.

23 **Lösungsansätze, Gegenmaßnahmen / Reformvorschläge:**

24 Lösungsansätze: Ein neuer Gesellschaftsvertrag sollte versuchen, Interessen der
25 jungen und

26 der älteren Generation zusammenzubringen. Helfen würde eine grundlegende Reform
27 der

28 Sozialsysteme, zum Beispiel eine Renten- bzw. Bürgerversicherung, in die alle
29 einzahlen

30 (auch Beamte, Freiberufler und Selbständige). Niedriglöhne und Minijobs würden dann
31 der

32 Vergangenheit angehören und die junge Generation müsste das Alter weniger
33 fürchten. Die

34 Rente sollte so organisiert sein, dass sie Armut im Alter verhindert. Unsere reiche und
35 soziale Gesellschaft darf nicht zulassen, dass Menschen, die ein Leben lang gearbeitet
36 haben, in Armut geraten.

Unterstützer*innen

Christa Markl-Vieto (Grüne Alte Bundesverband); Dirk Schmidtman (Grüne Alte Bundesverband)

V-01 Bündnisgrüne FINTA*-Listen - Zeitgemäße Geschlechtergerechtigkeit bei der Quotierung durchsetzen

Antragsteller*in: Martin Helbig (KV Dresden)
Tagesordnungspunkt: TOP 6 Verschiedenes

Antragstext

- 1 Der Diversitätsrat setzt sich im Bundesverband für ein geeignetes Verfahren für einen
- 2 transparenten und beteiligungsorientierten Prozess für Maßnahmen und konkrete
- 3 Förderinstrumenten für eine breitere Repräsentanz und Sichtbarkeit von
- 4 geschlechtlicher Vielfalt (inter, trans, nicht-binär, agender) ein.
- 5 In diesem Verfahren sind die Vorstände aller Landesverbände einschließlich der
- 6 jeweiligen Frauen*- und Vielfaltspolitischen Sprecher*innen, die BAG Frauenpolitik, die BAG
- 7 Lesbenpolitik, die BAG Schwulenpolitik, der Bundesfrauenrat, die GRÜNE JUGEND und
- 8 externe Expert*innen einzubeziehen.
- 9 Der Prozess verfolgt das Ziel, innerhalb der nächsten zwei Jahre zu prüfen, wie durch
- 10 eine Erarbeitung und Überarbeitung von Förderinstrumenten, wie auch Quotenregelungen,
- 11 die politische Teilhabe und Sichtbarkeit von Inter, trans, nicht- binären und agender
- 12 Personen erhöht werden kann.
- 13 Der Landesvorstand ist verpflichtet in regelmäßigen Abständen über den aktuellen
- 14 Stand zu berichten.

Begründung

Begründung erfolgt mündlich.

V-02 Frauen- und Kinderschutz und Vielfaltsmerkmale

Antragsteller*in: Elena Lorente-Rodriguez (KV Mannheim)
Tagesordnungspunkt: TOP 6 Verschiedenes

Antragstext

- 1 Unsere Gesellschaft stellt sich immer vielfältiger dar, insbesondere bei Kollektiven,
2 deren
3 eingetretene oder bestehende Vulnerabilität dazu führt, an das Sozialhilfesystem
4 angewiesen
5 zu sein.
- 6 Das ist der Alltag von Fach- und Führungskräften im Bereich der Frauenhilfe (Frauen-
7 und
8 Kinderschutzhäuser sowie Frauenberatungsstellen), die sich mit allen
9 Vielfaltsmerkmalen der
10 Klientel auseinandersetzen müssen. Ein bedeutender Anteil der Frauen, die nach
11 einem
12 Schutzplatz suchen, hat Migrationshintergrund, gehört zu einem sozialen Umfeld, das
13 unter
14 anderem von Gewalt betroffen ist, oder leidet unter gesundheitlichen oder
15 funktionellen
16 Problemen. Ihre Deutschkenntnisse sind übrigens oft niedrig. Die Person selbst, die
17 Fach-
18 und Führungskräfte in den Einrichtungen, die die Leistungen zur Hilfe gegen Gewalt
19 erbringen, sowie das Sozialhilfesystem sind die Akteure, die gegen diese Hindernisse
20 wehren
21 müssen.
- 22 Um diesen Kontext sowohl intern als auch extern deutlich zu machen, ist der
23 Vorschlag:
- 24 - Intensivere interne Zusammenarbeit mit unseren Kolleg:innen der Frauenpolitik, vor
25 allem
26 im Sinne des intersektionalen Feminismus, und Einbeziehung der Vielfaltsmerkmale in
27 das
28 Sozialhilfesystem unter Berücksichtigung der Bedürfnisse der Frauenhäuser und der
29 Bewohnerinnen.
- 30 - Zusätzlich zu den anderen notwendigen Themen wie Stalking, digitale Gewalt,
31 Erweiterung
32 der förderfähigen Inhalte der Personalqualifizierung in Fragen der Vielfalt und der
33 Ungleichheitenbekämpfung.
- 34 - Im Bundestagswahlprogramm sollen der Schutz von Frauen und Kindern sowie der
35 Bau von
36 Frauenhäusern und die Erweiterung der Zahl der Beratungs- und Anlaufstellen im
37 Mittelpunkt
38 stehen.

- 24 - Die Einführung einer Antidiskriminierungspolitik bei der Erbringung von Leistungen im
- 25 Hilfesystem für Frauen und Kinder.

Unterstützer*innen

Elena Lorente Rodriguez